

Öffentliche Niederschrift der 18. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 12.03.2024
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 18:55 Uhr
Ort: Rathaus, Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal), Hubertusstraße 17, 52477 Alsdorf

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Bemerkung

Herr Bürgermeister Alfred Sonders - Stadtverwaltung

Stimmberechtigte Mitglieder

Name

Bemerkung

Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion

Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion

Herr Stv. Markus Conrads - SPD-Fraktion

Frau Stv. Petra Odenbreit - SPD-Fraktion

Vertretung für: Herr Stv. Marcel Gandelheidt

Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion

Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion

Frau Stv. Sandra Niedermaier - SPD-Fraktion

Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion

Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion

Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion

Frau Stv. Alexandra Brandt - CDU-Fraktion

Herr Stv. Wilfried Maul - CDU-Fraktion

Herr Stv. Dirk Schaffrath - CDU-Fraktion

Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion

Frau Stv. Janine Ivančić - GRÜNE-Fraktion

Herr Stv. Ingo Boehm - Freie Bürgervertretung Alsdorf

Beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Herr Stv. Jörg Peter - Freie Bürgervertretung Alsdorf

Herr Stv. Norbert Dovern - Fraktionslos

Verwaltung

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen - Dezernat I

Herr Technischer Dezernent Andreas Dziatzko - Dezernat II

Herr Dezernent Manfred Schmidt - Dezernat III

Herr Michael Hafers - R 1 - Referat Finanzen

Frau Verena Beylich - A 14 - Rechnungsprüfungsamt

Herr Andreas Schäfer - A 11 - Personalamt

Frau Annette Klingenberg - A 30 - Rechtsamt

Frau Yvonne Filipenoks - A 12 - Amt für Rat und Verfassung

Frau Simone Born - A 12 - Amt für Rat und Verfassung

Herr Jan Haag - A 12 - Amt für Rat und Verfassung

Frau Kathrin Koppe - Stadtentwicklung Alsdorf GmbH

Schriftführung

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Frau Christina Esser - A 12 - Amt für Rat und Verfassung

Abwesend

Stimmberechtigte Mitglieder

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Herr Stv. Marcel Gandelheidt - SPD-Fraktion

entschuldigt

Herr Stv. Markus Matzerath - AfD-Fraktion

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Fragestunde für Einwohner/innen der Stadt Alsdorf gemäß § 17 der Geschäftsordnung	
3	Bericht der Verwaltung	2024/0071/A12
4	Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2024	2024/0078/A11
5	Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2025	2024/0079/A11
6	Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2024 und 2025	2024/0069/A20
7	Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Alsdorf für die Kalenderjahre 2024 und 2025	2024/0070/A20
8	Erste Änderung der Satzung für Leistungen des Standesamtes vom 01. Oktober 2019	2024/0080/A32
9	Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz); hier: Achte Änderung der Kinderfördersatzung (Kfs) der Stadt Alsdorf	2024/0038/A 51.1
10	Sachstandsbericht der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH zu laufenden und noch durchzuführenden Maßnahmen	2024/0081/A60
11	Antrag des Herrn Niklas Fabritzius gem. § 24 GO NRW; hier: Anlegung eines Hundeparks in Alsdorf-Mariadorf, Antrag vom 13.11.2023	2024/0064/A66
12	Anfragen und Mitteilungen	
12.1	Anfragen und Mitteilungen - Mitteilung der Verwaltung zum Thema "kommunale Wärmeplanung"	2024/0088/A12
13	Erlass einer Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweis-Gebührenordnung)	2024/0033/A32

Nichtöffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Bericht der Verwaltung	2024/0072/A12
2	Aufhebung des Vergabeverfahrens 05/2024; Betreibung der Flüchtlingsunterkunft Joseph-von- Fraunhofstr. 6	2024/0076/A50
3	Abschluss einer Durchführungsvereinbarung mit der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH; hier: Fassadensanierung Rathaus	2024/0077/A60
4	Anfragen und Mitteilungen	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bürgermeister Sonders begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, den Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörer/innen, die Mitarbeiter/innen der Verwaltung.

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Sonders fest, dass Einladung und Erläuterungen sowie die drei Nachträge zur heutigen Sitzung allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses fest.

Zunächst gibt Herr Bürgermeister Sonders Folgendes zur Information:

Öffentlicher Teil:

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung um

TOP 13: Erlass einer Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweis-Gebührenordnung)

zu **erweitern**.

Die Erläuterungen zu

TOP 4: Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2024

TOP 5: Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2025

TOP 6: Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2024 und 2025

TOP 7: Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Alsdorf für die Kalenderjahre 2024 und 2025

TOP 10: Sachstandsbericht der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH zu laufenden und noch durchzuführenden Maßnahmen

wurden **nachgereicht**.

Zu

TOP 6: Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2024 und 2025

wurde der Antrag der CDU-Fraktion vom 11.03.2024 **nachgereicht**.

Die Mitteilung der Verwaltung „Kommunale Wärmeplanung“ zu

TOP 12.1: Anfragen und Mitteilungen

wurde **nachgereicht**.

Das Beratungsergebnis aus dem Jugendhilfeausschuss zu

TOP 9: Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz);
hier: Achte Änderung der Kinderfördersatzung (Kfs) der Stadt Alsdorf

wurde **nachgereicht**.

Nichtöffentlicher Teil:

Die Erläuterungen zu

TOP 3: Abschluss einer Durchführungsvereinbarung mit der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH;
hier: Fassadensanierung Rathaus

wurden **nachgereicht**.

Danach stellt Herr Bürgermeister Sonders die Tagesordnung zur Abstimmung. Diese wird **einstimmig** mit den vorgetragenen Änderungen angenommen.

Weder für den öffentlichen noch für den nichtöffentlichen Sitzungsteil werden Anfragen angemeldet.

Nunmehr stellt Herr Bürgermeister Sonders die Frage, ob sich ein Mitglied des Hauptausschusses zu einem der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung für befangen erklärt. Dies ist nicht der Fall.

**Zu 2 Fragestunde für Einwohner/innen der Stadt Alsdorf gemäß § 17
der Geschäftsordnung**

Seitens der Einwohner/innen werden keine Anfragen gestellt.

**Zu 3 Bericht der Verwaltung
2024/0071/A12
Kenntnisnahme**

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, bezieht sich auf TOP 11 „Photovoltaikanlage Stadthalle Alsdorf; hier: Antrag der SPD-Fraktion“ des Berichtes der Verwaltung vom 01.12.2022, Dez. II, und fragt, ob es einen aktuelleren Sachstand gebe.

Herr Bürgermeister Sonders erklärt, dass hierzu ein Gesprächstermin anberaumt werde. In der nächsten Hauptausschusssitzung könne er hierzu dann möglicherweise mehr sagen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Hauptausschusses gefassten Beschlüsse und der noch nicht ausgeführten Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

**Zu 4 Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2024
2024/0078/A11
Vorberatung**

Herr Erster Beigeordneter Kahlen erläutert die Vorlage. Die vorgelegten Entwürfe der Stellenpläne für die Jahre 2024 und 2025 seien das Ergebnis wirtschaftlicher und haushaltsrechtlicher Zwänge infolge der finanzpolitischen Entscheidung der Landesregierung. Von einem Optimum der Personalausstattung sei man weiterhin weit entfernt. Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung werde auch in Zukunft eine überdurchschnittliche Arbeitsleistung abverlangt. Der Rat der Stadt habe in seinen Sitzungen am 29.06.2023 und 19.09.2023 einen Stellenmehrbedarf von 35,9 Vollzeitäquivalenten festgestellt. In den vergangenen Monaten seien unter Beteiligung des Bürgermeisters, des Kämmerers, des Personalrates und der Amtsleitungen diese Mehrbedarfe unter dem Aspekt des Einsparens detailliert geprüft worden. Dabei sei zu beachten, dass sich 17,1 Stellenmehrbedarfe aus gesetzlichen Vorgaben ergeben und fünf Stellen für die Übernahme von Auszubildenden erforderlich seien. Von den übrigen 13,8 Stellen seien in den vergangenen Wochen 5,7 Stellen gestrichen worden. Folglich verbleiben lediglich 8,1 Stellenanteile zur Deckung der organisatorischen Mehrbedarfe. Darüber hinaus seien von den sieben zusätzlichen Stellen im Eigenbetrieb Technische Dienste drei Stellen gestrichen worden. Der von allen geplante Befreiungsschlag nach sieben Jahren Personalkostenbegrenzungskonzept gelinge mit den vorgelegten Entwürfen der Stellenpläne für 2024 und 2025 nicht. Herr Erster Beigeordneter Kahlen bittet dennoch die Anwesenden um Zustimmung.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, bedauert, dass die im Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur abgelehnten 1-Euro-Reinigungskräfte für die Schulen keine Berücksichtigung finden. Aus Sicht der CDU-Fraktion hätten diese Stellen durch Einsparungen finanziert werden können. Ohne diese Reinigungskräfte könne womöglich mit höheren Kosten für Sanierungsarbeiten gerechnet werden. Es sei jedoch erfreulich, dass einige Stellen haben eingekürzt werden können, in der Sitzung des Rates der Stadt am 19.09.2023 habe sich das bei der Aussage des Personalratsvorsitzenden anders angehört. Die CDU-Fraktion stimme dem Stellenplan zu.

Herr Stv. Heidenreich erklärt, dass sich die GRÜNE-Fraktion zu den Stellenplänen final in der Sitzung des Rates der Stadt äußern werde, da man die Stellenpläne in Zusammenhang mit dem Erlass der Haushaltssatzung sehe. Er bittet daher darum, wie in den letzten Jahren, die Beratung und die Beschlussfassung an den Rat der Stadt zu verweisen.

Herr Stv. Loosz teilt für die SPD-Fraktion mit, dass dem Stellenplan zugestimmt werde.

Herr Stv. Willms bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion beim Personalrat, dass der Stellenplan so akzeptiert werde.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, äußert seinen Unmut darüber, dass weder die Stellungnahme des Personalrates noch die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten vorgelegt worden seien.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen bemerkt, dass diese mündlich vorliegen, der Personalrat habe zudem bei der Erstellung der Stellenpläne mitgewirkt.

Herr Stv. Brandt zeigt auf, dass die CDU-Fraktion keinen Zusammenhang zwischen dem Erlass der Haushaltssatzung und den Stellenplänen sehe.

Herr Bürgermeister Sonders teilt abschließend mit, dass die Beratung und Beschlussfassung über die Stellenpläne 2024 und 2025 an den Rat der Stadt verwiesen werden. Hiergegen erheben sich keine Bedenken.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt verweist die Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2024 an den Rat der Stadt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 5 Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2025
2024/0079/A11
Vorberatung

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt verweist die Beratung und Beschlussfassung

sung über den Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2025 an den Rat der Stadt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 6 Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2024 und 2025
2024/0069/A20
Vorberatung**

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, bezieht sich auf den seitens der CDU-Fraktion eingereichten Alternativvorschlag zur Haushaltssatzung und erklärt, dass die Ausgleichsrücklage in den ersten zwei Jahren nahezu verbraucht werden solle, um dadurch die Erhöhung der Grundsteuer B im Jahr 2024 nur um 100 % und im Jahr 2025 um 150 % zu erhöhen. Für die Sitzung des Rates der Stadt und die dortige abschließende Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung werde die CDU-Fraktion weitere Vorschläge unterbreiten.

Herr Bürgermeister Sonders gibt zu bedenken, dass bei einer kompletten Auflösung der Ausgleichsrücklage innerhalb der nächsten zwei Jahre die Stadt Alsdorf keine Möglichkeit haben werde, irgendeinen Ausgleich durchzuführen und dass dies dann mit einer noch drastischeren Erhöhung der Steuern verbunden sein könnte. Zudem müssen für die Auflösung der Rücklage Kredite aufgenommen werden, was mit zusätzlichen Zinsen von circa 230.000 € verbunden sei. Diese zusätzliche Last sei ebenfalls durch die Bürger/innen zu tragen.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, bemerkt, dass die Erhöhung der Grundsteuer im Zusammenhang mit der Auflösung der Rücklage auch variiert werden könne.

Herr Kämmerer Hafers führt aus, dass sowohl bei dem Vorschlag der CDU-Fraktion als auch bei dem Vorschlag der Verwaltung die Ausgleichsrücklage aufgebraucht werde. Für dieses Haushaltsjahr werde ein Betrag über 3 Millionen € und für 2025 ein Betrag von 5,4 Millionen € aus der Ausgleichsrücklage entnommen. Diese Belastung würde sich bei dem Vorschlag der CDU-Fraktion in diesem Jahr um 1,4 Millionen € und im Jahr 2025 um 700.000 € erhöhen. Dies führe dazu, dass insgesamt 2,1 Millionen € mehr benötigt werden, um diesen Vorschlag zu refinanzieren. Dieser Betrag müsse dann bis zum 31.12.2028 über Kassenkredite zwischenfinanziert werden.

Herr Stv. Heidenreich teilt mit, dass die GRÜNE-Fraktion ihre Haushaltsberatungen noch nicht abgeschlossen habe und ebenfalls Änderungsvorschläge einreichen werde. Er bittet die Verwaltung abschließend um die Beantwortung der durch die GRÜNE-Fraktion schriftlich eingereichten Anfrage.

Die Anfrage der GRÜNE-Fraktion sowie die Antwort des Herrn Kämmerer Hafers ist der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

Herr Stv. Willms führt für die SPD-Fraktion aus, dass die Beschlussfassung an den Rat der Stadt verwiesen werden solle. Er bittet um frühzeitige Übersendung der Änderungsanträge, damit diese innerhalb der Fraktion ausreichend beraten werden können.

Hiergegen erheben sich keine Bedenken.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt verweist die Beratung und Beschlussfassung über den Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 an den Rat der Stadt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 7 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern
der Stadt Alsdorf für die Kalenderjahre 2024 und 2025
2024/0070/A20
Vorberatung**

Herr Kämmerer Hafers erklärt, dass diese Maßnahme rückwirkend zum 01.01.2024 inkrafttreten werde. Am 15.02.2024 habe es bereits eine Fälligkeitzahlung gegeben und sofern man auf das Genehmigungsverfahren der Haushaltssatzung warten würde, würde dies dazu führen, dass die Mehrbelastung der Hebesatzung erst zum 15.08.2024 oder zum 15.11.2024 für die Bürgerinnen und Bürger wirksam wäre. Durch die Hebesatzung könne dieses Antragsverfahren umgangen werden, sodass die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig neue Bescheide erhalten und die Mehrbelastung auf drei Fälligkeiten verteilt werden könne.

Alle Anwesenden sind damit einverstanden, diesen Punkt zur Beratung und Beschlussfassung an den Rat der Stadt zu verweisen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt verweist die Beratung und Beschlussfassung über die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Alsdorf für die Kalenderjahre 2024 und 2025 an den Rat der Stadt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 8 Erste Änderung der Satzung für Leistungen des Standesamtes
vom 01. Oktober 2019
2024/0080/A32
Vorberatung**

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt die 1. Änderungssatzung für Leistungen des Standesamtes der Stadt Alsdorf vom 01.10.2019 in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 9 **Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz);
hier: Achte Änderung der Kinderfördersatzung (Kfs) der Stadt Alsdorf**
2024/0038/A 51.1
Vorberatung

Empfehlungsbeschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt die Achte Änderung der Kinderfördersatzung der Stadt Alsdorf in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 10 **Sachstandsbericht der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH zu laufenden und noch durchzuführenden Maßnahmen**
2024/0081/A60
Kenntnisnahme

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt nimmt den Sachstandsbericht der SEA – Stadtentwicklung Alsdorf GmbH zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

Zu 11 **Antrag des Herrn Niklas Fabritzius gem. § 24 GO NRW;
hier: Anlegung eines Hundeparks in Alsdorf-Mariadorf,
Antrag vom 13.11.2023**
2024/0064/A66
Entscheidung

Frau Stv. Ivančić teilt für die GRÜNE-Fraktion mit, dass diese Angelegenheit weiterverfolgt werden solle, da die Begründung der Verwaltung, diesen Antrag abzulehnen, für die GRÜNE-Fraktion nicht ausreichend sei. Die Haushaltslage sei schwierig, es gebe jedoch bisher noch keine Kostenschätzung für die Anlegung eines Hundeparks. Die Stadt Herzogenrath kooperiere zum Beispiel mit einer Hundetrainerin und nutze die Fläche eines ehemaligen Hundevereins. Man könne nicht abschätzen, welche Mehrkosten entstehen würden und/oder ob es durch Kooperationen mit Vereinen gegebenenfalls kostengünstige Möglichkeiten gebe. Aus Sicht der GRÜNE-Fraktion sei auch der Aspekt, dass es Privat- und Vereinsangebote in Alsdorf gebe, nicht ausreichend. Es sei ein Unterschied, ob es private Treffen gebe, oder öffentliche Zusammenkünfte möglich seien und dies auch von einer öffentlichen Stelle gefördert und publik gemacht werde. Auch der letzten Begründung der Verwaltung widerspricht Frau Stv. Ivančić. Es bestehe nicht nur Leinenpflicht für Kampfhunde, son-

dem auch für Hunde ab einer Widerristhöhe von 40 cm und 20 kg. Hinzu komme die Pflicht, dass der Hund zurückrufbar sei. Für Hundebesitzer/innen ohne Garten sei ein Freilauf für den Hund ohne die nötigen Freiräume schwierig. Sie bemerkt abschließend, dass ihre Stellungnahme nicht für die unbedingte Anlegung eines Hundeparks sei, sondern dafür, dass die Angelegenheit weiterverfolgt werde und die Verwaltung eine Vorlage hierzu erstelle.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, ergänzt, dass der Antragsteller dabei helfen könne, eine Lösung zu erarbeiten. Es sei nicht angemessen, den Antrag direkt abzulehnen.

Herr Bürgermeister Sonders wendet ein, dass die Einzäunung, die Pflege und der Unterhalt eines solchen Geländes mit einem erheblichen Aufwand verbunden sei. Leider beseitigen viele Besitzer/innen die Fäkalien ihrer Hunde nicht, sodass die Flächen aufgrund der toxischen Stoffe im Hundekot mit hohem Aufwand gereinigt werden müssten. Er selbst halte es nicht für richtig, weitere personelle Kapazitäten dafür zu binden, abgesehen von den entstehenden Kosten. In Alsdorf sei man innerhalb weniger Minuten an Orten, an denen man sich mit seinem Hund vernünftig aufhalten könne.

Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion, stimmt den Ausführungen des Herrn Bürgermeister Sonders und den Darstellungen der Verwaltung zu.

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Alsdorf beschließt, den Antrag von Herrn Niklas Fabritzius negativ zu Bescheiden und nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung)

Zu 12 Anfragen und Mitteilungen

**Zu 12.1 Anfragen und Mitteilungen
- Mitteilung der Verwaltung zum Thema "kommunale Wärmeplanung"
2024/0088/A12
Kenntnisnahme**

Die Mitteilung der Verwaltung ist als **Anlage** beigefügt.

**Zu 13 Erlass einer Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweis-Gebührenordnung)
2024/0033/A32
Vorberatung**

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, sei sich nicht bewusst gewesen, dass es innerhalb

der Stadt Alsdorf solche Bereiche gebe. In Großstädten sei es so, dass man entweder mit einem Parkschein oder einem Bewohnerausweis parken könne. Hier sei es jedoch so, dass die genannten Flächen ausschließlich für die Anwohner/innen geplant seien. Er fragt, ob diese dann die Gebühr bezahlen müssen.

Herr Bürgermeister Sonders sagt, dass es jedem/jeder Anwohner/in freistehe, die Gebühr zu bezahlen. Falls sie jedoch nicht bezahlt werde, müssen die Fahrzeuge woanders geparkt werden. Er selbst rate den Anwohnerinnen und Anwohnern von einem solchen Parkausweis ab, denn durch den hohen Parkdruck könne es sein, dass sie trotz Parkausweis keinen Parkplatz finden, die Fahrzeuganzahl ändere sich schließlich nicht.

Herr Stv. Brandt bittet im Namen der CDU-Fraktion darum, die Beratung an den Rat der Stadt zu verweisen, damit man sich mit diesem Thema nochmals intensiv beschäftigen könne, zum Beispiel könnten die Gebühren je nach Bereich auch angepasst werden.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen erklärt, dass es natürlich Variationsmöglichkeiten gebe. In den dargestellten Bereichen erfolge eine starke Nutzung aus den umliegenden Bereichen und die Anwohner/innen haben darum gebeten, ein bisschen davor geschützt zu werden.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, bemerkt, dass die Gebühren für das Anwohnerparken nicht isoliert, sondern im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung betrachtet werden sollen. Es müsse geprüft werden, ob manche Zonen nicht neugefasst und auch die Gebühren angepasst werden. Die GRÜNE-Fraktion schlage daher vor, dass die Verwaltung diesbezüglich einen Vorschlag für die nächste Sitzung des Hauptausschusses erarbeite.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, zeigt auf, dass es auch Beschwerden darüber gebe, dass Besucher/innen des Tierparks die Straßen im Neubaugebiet als Parkplätze nutzen. Vielleicht könne hier ein Schild „Anlieger frei“ aufgestellt werden.

Herr Bürgermeister Sonders teilt mit, dass diese Angelegenheit beobachtet werde, wenn die Straßen fertig ausgebaut seien. Dann könne man auf solche Sachen reagieren.

Es erheben sich keine Bedenken darüber, die Beratung und Beschlussfassung an den Rat der Stadt zu verweisen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt verweist die Beratung und Beschlussfassung über den Erlass einer Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweis-Gebührenordnung) an den Rat der Stadt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

gez. Sonders
Bürgermeister (Vorsitz)

gez. Esser
Schriftführerin